



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.

Aktuell seit 30.06.2026 09:03:06

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007262
Ersteintrag:	27.02.2025
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Michaelkirchstraße 17/18 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930288756310 E-Mail-Adressen: info@dbsh.net Webseiten: www.dbsh.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sebastian Hainski**
Funktion: 1. Vorsitzender
2. **Nicole Kuhnert**
Funktion: 2. Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Frederick Dellin**
2. **Klaus-Peter Glimm**
3. **Anne Klotz**
4. **Anika Viola Pomykaj**
5. **Ludwig Prothmann**
6. **Harald Reinold Willkomm**
7. **Sebastian Hainski**
8. **Nicole Kuhnert**

Gesamtzahl der Mitglieder:

6.266 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

6.260 natürliche Personen

6 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (16):

1. International Federation of social workers
2. International Federation of social workers Europe
3. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (DV)
4. Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen in Deutschland e.V. (DF)
5. Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. (BAGSO)
6. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI)
7. dbb beamtenbund und tarifunion (dbb)
8. dbb akademie e. V.
9. AHPGS e. V.
10. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V. (AGJ)
11. Bundesarbeitsgemeinschaft ASD e. V. (BAG ASD)
12. Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ)
13. AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.
14. Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management e.V. (DGCC)
15. nationale armutskonferenz (nak)
16. Bündnis für Zeugnisverweigerungsrecht (BfZ)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Hochschulbildung; EU-Gesetzgebung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch Übermittlung von Positionspapieren, Stellungnahmen und Pressemitteilungen lenken wir die Aufmerksamkeit der Politiker*innen auf Themen und Handlungsbedarfe und suchen den Kontakt insbesondere mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie fachlichen Sprecher*innen der Parteien. Darüber hinaus wird der fachliche Austausch in digitalen oder Präsenztreffen umgesetzt. Dies mit dem Ziel, Soziale Arbeit in den verschiedenen Arbeitsfeldern zu stärken und weiterzuentwickeln sowie die Profession und Disziplin übergreifend und in den einzelnen Handlungsfeldern zu fördern. Damit soll die Qualität und Fachlichkeit der sozialarbeiterischen Angebote und Rahmenbedingungen bedarfsgerecht verbessert werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts

Beschreibung:

Wir setzen uns für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit und damit für eine Reform des § 53 StPO ein. Ziel ist die Aufnahme von Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit in die geschützten Berufsgruppen des § 53 Abs. 1 StPO.

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

2. Vergütung der studienintegrierten Praxissemester zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als Sozialarbeiter*in

Beschreibung:

Ein Praxissemester ist Pflicht in allen Studiengängen der Sozialen Arbeit, die zur staatlichen Anerkennung führen. Die angehenden Fachkräfte werden dabei zumeist schlecht oder gar nicht bezahlt. Ohne die finanzielle Unterstützung durch BAföG-Leistungen oder das Elternhaus finden sich Studierende in sehr prekären Lebenslagen wieder. Durch die

steigenden Lebenshaltungskosten reicht auch die BAföG-Förderung ohne Zusatzverdienst an vielen Standorten während des Praxissemesters nicht aus.

Wir fordern:

- eine bundeseinheitliche Vergütung des Praxissemesters, sodass Studierende sich auf Ihre Ausbildung fokussieren können, ohne selbst Existenzängsten ausgesetzt zu sein.
- keine Anrechnung von Praxisvergütungen auf das BAföG, solange das Existenzminimum unterschritten ist

Betroffenes geltendes Recht:

BAföG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

3. Kinder- und Jugendhilfestrukturentwurfsgesetz

Beschreibung:

Mit der Strukturreform soll die Funktionsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe auch bei knappen Ressourcen einerseits sichergestellt und andererseits der Zusammenführung der Bereiche Kinder- und Jugendhilfe und Inklusion in die Praxis adäquat umgesetzt werden. Es soll die Verwaltung vereinfacht und die Komplexität an Schnittstellen reduziert werden. Das SGB VIII richtet sich künftig an alle Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen, die Unterstützung benötigen. Zu den Entwürfen haben wir Stellung bezogen, schriftlich und bei einer Anhörung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturentwurfsgesetz (1. KJHSRG)

Datum des Referentenentwurfs: 23.03.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606300005 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

970.001 bis 980.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[2025_DBSH-Gewinn-und-Verlustrechnung.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[26-02-05_DBSH_Berufsethik-Heft_interaktiv.pdf](#)